

Ri(s)s im e-Government

von Barthel Schölgens

Ratsinformationssysteme (RIS) bieten meist Informationen *über* den Rat. Was die kommunalen Mandatsträger jedoch benötigen, sind Informationen *für* den Rat. Am Markt sind solche umfassenden Wissensdatenbanken noch nicht zu finden.

Tag für Tag kämpfen sich meist nach Dienstschluss Rats- und Kreistagsmitglieder durch Termine, Tagesordnungen und Berge von Vorlagen, formulieren Anträge und Anfragen und geben den Menschen in ihren Wahlkreisen Auskunft. Sie befassen sich mit Spezialfragen, für die sie als Ehrenamtler in der Regel keine Ausbildung haben und fällen dazu Entscheidungen. Sie müssen aktuelle und zurückliegende Entscheidungen und Entwicklungen, Prognosen und rechtliche Zusammenhänge und Vorschriften kennen. Ein eigenes Archiv haben sie oft nicht und Sammlungen der Gesetze und Verordnungen liegen ihnen nicht vor, wenn sie diese benötigen. Kartenmaterial, Pläne und Statistiken können sie meist nur im Rathaus während der Öffnungszeiten einsehen.

Informationsangebote der Stadtverwaltung im Internet könnten hier beste Dienste leisten. Doch auf den einschlägigen Kongressen und Messen findet man kaum Vertreter von Räten und Kreistagen. Die Pflichtenhefte zur Entwicklung von e-Government werden meist von Rechenzentren und Verwaltungen gemacht. Initiativen aus der Mitte der gewählten kommunalen Gremien heraus sind eher Mangelware

und anscheinend primär den großen Städten vorbehalten.

Da darf man sich dann nicht wundern, wenn am Markt befindliche „Ratsinformationssysteme“ (RIS) dieses Etikett eigentlich nicht verdienen. Sie sind eher reine Sitzungsdienste, sie dienen der Organisation von Terminen und Belegzeiten von Sitzungszimmern, halten Vorlagen und Niederschriften vor und helfen bei der Sitzungsgeldabrechnung. Vielleicht geben sie auch noch mittels eines zusätzlichen Tools einen Teil ihrer Informationen im Internet preis. Dann sind es zumindest Informationen *über* den Rat. Die kommunalen Mandatsträger benötigen aber Informationen *für* den Rat oder den Kreistag. Und sie wollen die Möglichkeiten der Netze zu stärkerer Kooperation nutzen.

Deshalb müssen Softwaretools entwickelt werden, die den Räten und Kreistagsmitgliedern ermöglichen, sich selbst objektiv – aus den gleichen Daten wie die Verwaltung – rund um die Uhr um-



RIS-Pflicht: Online verfügbare Gesetzestexte.

fassend informieren zu können. Sie benötigen einen verbesserten und beschleunigten Zugang zu Informationen auch außerhalb der Öffnungszeiten. Dazu müssen sie mittels Internet auf eine umfassende Wissensdatenbank sicher und

RIS-Checkliste

Eine umfassende Wissensdatenbank für Räte und Kreistagsmitglieder sollte folgenden Kriterien entsprechen:

- Recherche-Möglichkeit in Vorlagen (öffentlich/nicht-öffentlich), Anfragen und Beschlüssen der Gremien, mittels Volltextsuche, nach Sachzusammenhängen und nach Historie.
- Zugriff auf Statistiken (Bevölkerungsentwicklung, Verkehrsdichte, Luftbelastung etc.).
- Einblick in den Haushalt.
- Recherche-Möglichkeit im Ortsrecht, in der Gemeindeordnung, in Gesetzen und Verordnungen

und in grundlegenden Rechtsentscheidungen.

- Zugang zu Expertisen der Kommunalen Spitzenverbände und ihrer Organisationen.
- Zugang zu geografischen Informationen (Landes-, Gebietsentwicklungsplan, Flächennutzungspläne, Bebauungspläne, Luftbilder, Liegenschaftskarte, Gewässerkarte, Ver- und Entsorgungskataster, Umweltdaten etc.).
- Einblick in Bildmaterial über die Kommune (Dokumentation der Stadt).
- Beschlusskontrolle (Berichtswesen).

geschützt zugreifen können (siehe Kasten RIS-Checkliste).

Insbesondere Bau- und Planungsprozesse erfahren bisher eine mangelnde Unterstützung durch Geo-Informationen, obwohl bis zu 80 Prozent aller Entscheidungsprozesse in kommunalen Gremien Raumbezug haben. Raumbezogene Daten können durch interdisziplinäre Verknüpfungen mit Sachdaten, Beschlüssen und Dokumenten wichtige Fakten vermitteln, die für die Kommunalpolitik von hoher Bedeutung sind.

Wenn solche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, könnten die Transparenz und die Ansammlung von Wissen erhöht, Herrschaftswissen abgebaut, Zeit gespart und nicht zuletzt auch Entscheidungen nachhaltig qualifiziert werden.

Die Kunden der Kommunalverwaltung – und Räte sind Teil die-

ser Verwaltung – erwarten heute schnelle Entscheidungen und wollen wissen, wo sich „ihr Vorgang“ im Entscheidungsprozess befindet und wo der Bebauungsplan „hängt“. Deshalb sollte auch die Ratsarbeit in einem Workflow-Management möglichst medienbruchfrei abgebildet und letztendlich durch mobile Zugänge und mobile Nutzung (PDA, Handy) unterstützt werden.

Auch die Abstimmung zwischen den Ratsmitgliedern in Fraktionen und Ausschüssen sowie mit der Verwaltung bedarf einer DV-unterstützten Interaktion (Telekooperation). Passwortgeschützte und sichere Zugänge ermöglichen interne Foren und „Schwarze Bretter“ ebenso wie personalisierte Arbeitszimmer mit Postfächern.

Einfach wird der flächendeckende Einstieg in Ratsinformationssysteme, die den genannten Kriterien

genügen, allerdings nicht. Die Räte müssen sich schon selbst um ihre Rechte kümmern. Die Frage, wer welche Zugriffsrechte auf welche Daten zu welchem Zeitpunkt hat, wird sich mancherorts als Machtfrage herausstellen. Leere Kassen vor allem in Kommunen mit Haushaltssicherungsaufgaben werden den Prozess hemmen. Sie können und sollten ihn aber nicht aufhalten. Die Qualifizierung und Beschleunigung von Entscheidungen ist keine „freiwillige Leistung“, sie gehört zum Pflichtprogramm.

Empfehlenswert ist auch, sich selbst keine Steine in den Weg zu legen. Notebooks für alle Räte ist angenehmer Luxus, aber keine Notwendigkeit. Digitale Signatur als Einstiegsvoraussetzung zu fordern heißt, das Pferd von hinten aufzuzäumen. Der Aufbau eines Ratsinformationssystems, das kooperativ zwischen Verwaltung und Rat konzipiert, finanziert, stufenweise realisiert und erlernt wird, eröffnet gute Zukunftsperspektiven. Ein gut ausgebautes internes RIS ist die beste Grundlage für umfangreiche und gehaltvolle Information der Öffentlichkeit.

Barthel Schölgens ist Ratsmitglied in Alfter bei Bonn und Leiter des Bereichs Medien und Kommunalpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Web-Service

Die Konrad-Adenauer-Stiftung bietet in ihrem Portal „Politik für Kommunen“ neben umfangreichen kommunalpolitischen Informationen auch die Rubrik „eGovernment – BestPractice“.

- www.politik-fuer-kommunen.de

Diesen Link finden Sie auch unter www.kommune21.de.